

1 **Macht das Land gerecht, damit Frankfurt gerechter wird**

2 Die Pandemie hinterlässt ihre Spuren in Frankfurt. Familien stehen unter Dauerstress. Kinder
3 und Jugendliche leiden darunter am stärksten. Das Armutsrisiko ist hoch. Gewerbetreibende
4 kämpfen gegen den Konkurs. Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
5 ist zurückgeworfen. Die Einwohnerzahl sinkt. Zugleich trifft der Klimawandel unsere Stadt
6 mit voller Wucht und droht uns die Helene zu rauben. Im Zuge der Ansiedlung von Tesla, der
7 Eröffnung des BER und des industriellen Wandels in der Stahlindustrie mischen sich
8 Aufbruchsstimmung mit Skepsis. Unsere Aufgabe besteht darin, die Zukunft für unsere Stadt
9 und unsere Region zusammen mit einer lebendigen Stadtgesellschaft im Interesse der
10 breiten Mehrheit der Bevölkerung zu organisieren. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

11 Trotz der Pandemie und der Einschränkung des öffentlichen Lebens hat sich Frankfurt im
12 vergangenen Jahr als politische Stadt gezeigt. Über 7.500 Menschen haben unsere Petition
13 für eine Corona-Sonderzahlung für die Mitarbeiter:innen am Klinikum Frankfurt (Oder), mehr
14 Lohn und bessere Arbeitsbedingung unterstützt. Der DGB steht am 1. Mai auf der Straße.
15 Das Friedensnetz ist und bleibt unser enger Verbündeter. Tausende Menschen haben am
16 grenzüberschreitenden Frankfurt-Slubice-Pride teilgenommen. Zum Frauentag haben zum
17 zweiten Mal in Folge Demonstrationen und Kundgebungen in unserer Stadt stattgefunden.
18 Fridays for Future gehört zur Frankfurter Protestkultur. Wir sind in engem Austausch mit den
19 Sozialträgern unserer Stadt, im Pflege-, Sozial-, und Jugendbereich, ebenso wie mit der
20 Volkssolidarität und dem Seniorenbeirat. Egal ob NPD, AfD oder Querdenken: Wir sind
21 verankert in antifaschistischen Bündnissen und zeigen klare Kante gegen
22 Verschwörungsmutten, Nationalismus, Rassismus, Sexismus und andere
23 Diskriminierungsformen. Nazis sind für uns nie Normalität und dürfen nie legitimer Teil der
24 Gesellschaft werden. Auf keiner Ebene arbeiten wir mit ihnen zusammen.

25 Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Gehalt und Tarifverträge in
26 Unternehmen in Frankfurt ein, für konsequenten Klimaschutz, die Umsetzung einer sozial-
27 ökologischen Verkehrswende, langfristig bezahlbare Miet- und Bodenpreise, mehr
28 Beteiligung der Anwohner:innen, Kultur und Freiräume für alle unabhängig des Geldbeutels
29 und einem funktionierenden Sozialstaat. Uns leitet die Vision vom demokratischen
30 Sozialismus, in der Wirtschaft und Regierung den Menschen dienen und nicht dem Profit.
31 Hierzu setzen wir auf ein ganzheitliches Politikverständnis, denn Politik ist überall. Wir reden
32 mit den Menschen auf Augenhöhe und wollen mit ihnen gemeinsam für eine fortschrittliche
33 Gesellschaft kämpfen. Wir organisieren Aktionen, machen außerparlamentarisch und in der
34 Stadtverordnetenversammlung Druck für soziale Veränderungen und Teilhabe, helfen
35 Menschen sich selbst zu ermächtigen, politisieren gesellschaftliche Auseinandersetzungen
36 und benennen die Entscheidungsinstanzen. Wir arbeiten mit sozialen Bewegungen,
37 Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen und vielen Einzelpersonen zusammen. Je stärker wir
38 es schaffen, als Partei und Fraktion im Bündnis mit anderen Organisationen und Menschen
39 vor Ort für unsere Ziele einzustehen, desto größer ist die Chance, zusammen mit unserem
40 Oberbürgermeister Frankfurt (Oder) zu einer lebenswerteren, sozialeren und ökologischeren
41 Stadt zu machen.

42 Dabei ist und bleibt unser Anspruch als LINKE die grundlegende Veränderungen der
43 Gesellschaft, denn konsequenter Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für

44 alle, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Antifaschismus lassen sich nicht allein in der
45 Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) umsetzen. Für ein lebenswertes, soziales
46 und klimagerechtes Frankfurt (Oder) braucht es eine grundsätzliche Kehrtwende auf
47 Bundesebene von der aktuellen Regierungspolitik. Es darf kein Weiter so geben! Wir lehnen
48 ein Zurück zum Normalzustand vor der Corona-Pandemie ab! DIE LINKE ist die einzige Partei
49 auf Bundesebene, die sich für eine grundsätzlich andere Politik, eine sozial-ökologische
50 Transformation der Gesellschaft einsetzt. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft für alle
51 Menschen. Damit das Land und auch die Stadt Frankfurt (Oder) gerechter wird, fordern wir
52 zur Bundestagswahl:

53 **Systemrelevante Berufe aufwerten, Ostlöhne angleichen und Niedriglöhne bekämpfen**

54 Armut und das Risiko, in Armut zu fallen, sind in Frankfurt weiterhin sehr hoch. Rund jede
55 fünfte Person ist von Armut gefährdet. Kündigungen und Einkommenseinbußen im Zuge der
56 Corona-Krise spitzen die Entwicklung weiter zu. Vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder
57 sind betroffen. Gebrochene Erwerbsbiographien der Nachwendezeit führen zu mehr
58 Altersarmut. Zugleich arbeiten Beschäftigte in Ostdeutschland länger und verdienen rund 25
59 Prozent weniger als Beschäftigte aus den alten Ländern. Armutslohne in den
60 systemrelevanten Berufen sind die Armutsrenten von morgen. Fast jedem zweiten
61 Vollzeitbeschäftigten in den neuen Ländern droht eine Minirente trotz jahrzehntelanger
62 Arbeit. Unser Anspruch ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit zwischen
63 Frau und Mann, in Ost und West. Deshalb fordern wir

- 64 • eine Lohnoffensive Ost durch mehr Tarifbindung, einen Mindestlohn von 13 Euro,
65 eine sanktionsfreie Mindestsicherung und die Angleichung der Ostrenten auf
66 Westniveau, um das Armutsrisiko in Frankfurt wirksam zu bekämpfen.

67 **Einzelhandel retten und digitale Krisengewinner in Verantwortung nehmen**

68 Die Verluste im Einzelhandel, bei Soloselbstständigen, im Gastgewerbe, beim Mittelstand
69 und in der Kulturbranche sind immens. Viele Gewerbetreibende haben ihre Altersvorsorge
70 angezapft, Existenzen sind in Gefahr, auch weil die Überbrückungshilfen vielfach zu spät
71 ausgezahlt wurden. In Frankfurt droht eine Pleitewelle im Einzelhandel. Das führt zum
72 Verlust von Arbeitsplätzen und Gewerbeeinnahmen sowie zum Ladensterben und der
73 Verödung der Stadt. Zugleich expandiert der Onlinehandel. Wir wollen eine attraktive Stadt
74 mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Kunst und Kultur und sozialen
75 Einrichtungen in allen Stadtteilen. Deshalb treten wir ein für

- 77 • eine Digitalsteuer für Google, Facebook, Amazon und Co, um damit ein
78 „Notfallprogramm Innenstadtrettung“ zu finanzieren.

79 **Für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung**

80 Der Anteil der älteren Bevölkerung wird in Frankfurt weiter steigen. Damit einher gehen
81 steigende Bedarfe im Gesundheits- und Pflegebereich. Viele Menschen haben nach der
82 Wende die Stadt verlassen. Deshalb sind pflegebedürftige Menschen umso stärker auf eine
83 gute Abdeckung an Gesundheits- und Pflegeangeboten angewiesen. Gute Pflege heißt,
84 möglichst lange am Alltag teilhaben zu können. Deshalb wollen wir die Tagespflege stärken.
85 Doch für immer mehr Menschen sind die Pflegekosten ein Armutsrisiko. Die Kosten für einen
86 Heimplatz müssen deutlich unter dem Rentenniveau liegen. Das System aus privater und
87 gesetzlicher Versicherung ist Zwei-Klassen-Medizin. Wir wollen, dass alle Berufsgruppen den

88 gleichen Teil von ihrem Einkommen einzahlen. Dafür bekommen alle die nötigen Leistungen
89 und Hilfen, wenn Sie krank werden oder Pflege brauchen.

- 90 • Wir wollen eine solidarischen Pflege- und Gesundheitsversicherung für alle
91 Berufsgruppen. Das entlastet die breite Mehrheit der Frankfurterinnen und
92 Frankfurter und verbessert die Leistungen der Pflege in allen Teilen der Stadt.

93

94 **Wohnungen für jedes Einkommen**

95 Wir wollen die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nicht dem Zufall überlassen. Die
96 Ansiedlung von Tesla sorgt für steigende Mieten. Höherpreisige Eigentumswohnungen an
97 der Oder verdrängen bestehende Kulturräume und Kneipen. Wir wollen den Fokus legen auf
98 den sozial-ökologischen Mietwohnungsmarkt, denn der erhebliche Investitionsbedarf beim
99 altersgerechten, barrierefreien und energetischen Umbau von Wohnungen stellt die größte
100 Herausforderung für unsere Stadt dar. Ebenso hat der Lockdown gezeigt, dass viele
101 Wohnungen zu eng sind. Wir wollen die soziale Durchmischung im Wohnungsmarkt fördern.
102 Hierzu gehören Plattenbauten mit flexibel gestaltbaren Wohnungsgrundrissen und der
103 Ausstattung mit Gemeinschaftsräumen (Fitness, Bibliothek, Kleinkino, Co-Working-Spaces)
104 unter Beibehaltung von Mietpreisbindungen. Deshalb treten wir ein für

- 105 • mehr Sozialwohnungsbau und eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene,
106 um kommunale, genossenschaftliche und preisgünstige Wohnungen in Frankfurt
107 zukunftsfest zu machen.

108 **Bessere Lebensqualität durch digitale Infrastruktur**

109 Eine gute digitale Infrastruktur ist Grundlage für alltägliche Kommunikation, Teilhabe,
110 Innovation, Home-Office und digitale Lehrangebote. Wenn Frankfurt vom
111 Bevölkerungswachstum in der Metropolregion Berlin-Brandenburg profitieren will, ist gute
112 Netzabdeckung entscheidend. Brandenburg im Allgemeinen und Frankfurts Ortsteile und
113 Schulen im Besonderen hängen bei der Breitbandversorgung hinterher. Polnische
114 Netzabdeckung oder gar keine Netzabdeckung ist an vielen Stellen Frankfurts im Jahr 2021
115 noch immer bittere Realität. Wir wollen den Ausbau von Breitband voranbringen. Deshalb
116 fordern wir

- 117 • den Ausbau und den Betrieb des Breitbandnetzes nicht durch private Anbieter,
118 sondern durch die öffentliche Hand (Bund, Land, Kommune), denn alle
119 Frankfurter:innen haben ein Anrecht auf Versorgungssicherheit bei hoher Qualität
120 der Anschlüsse.

121 **Für eine sozial-ökologische Industriepolitik**

122 Betriebliche Mitbestimmung und Tariftreue darf nicht vor dem Werkstor von Tesla enden.
123 Statt Subventionen von Dienstwagenprivilegien für E-Autos wollen wir den Güterverkehr
124 stärken und ein Mobilitätskonzept für Arbeitskräfte, das die kollektiven Verkehrsmittel
125 stärkt. Für das Stahlwerk in Eisenhüttenstadt wollen wir Zukunftstechnologie zur
126 Direktreduktion von Eisenerz mit grünem Wasserstoff als Ersatz für den Hochofen, damit die
127 gesamte Produktionslinie bei der Stahlerzeugung in unserer Region bleibt. Strukturschwache
128 Kommunen wie Frankfurt brauchen einen Investitionsfonds, um Industrie- und

129 Gewerbeflächen zu erschließen, damit ganz Ostbrandenburg von einem sozial-ökologischen
130 Industriewandel profitiert. Deshalb fordern wir

- 131 • einen Investitionsfonds, um den zukunftssicheren Umbau der Auto- und
132 Stahlindustrie zu unterstützen, gekoppelt an sichere Arbeitsplätze, gute Löhne,
133 klimaschonende Wertschöpfung und flächendeckende Tarifverträge.

134 **Für sauberes und bezahlbares Trinkwasser**

135 Der Klimawandel, längere Trockenperioden, geringerer Niederschlag und absinkender
136 Grundwasserpegel sorgen dafür, dass die Sulfatbelastung in der Spree weiter steigen wird.
137 Zugleich steigen die Wasserbedarfe im Zuge der Tesla-Ansiedlung und dem Zuzug von
138 Arbeitskräften nach Ostbrandenburg. Jede Frankfurterin und jeder Frankfurter hat ein Recht
139 auf sauberes Trinkwasser. Wir wollen kein durch Sulfat verseuchtes Trinkwasser. Deshalb
140 wollen wir das Wasserwerk Müllrose schnellstmöglich reaktivieren. Die Verursacher der
141 Sulfatbelastung wollen wir in Verantwortung nehmen, denn es kann nicht sein, dass private
142 Bergbauunternehmen wie die LEAG, ehemals Vattenfall, Profite erwirtschaftet und die
143 Allgemeinheit die Kosten zahlt. Deshalb fordern wir

- 144 • die Reaktivierung des Wasserwerks Müllrose finanziert durch Bund, Land und LEAG
145 damit alle Frankfurter:innen auch in der Zukunft sauberes und bezahlbares
146 Trinkwasser haben.

147 **Das Klinikum rekommunalisieren**

148 Die Gesundheitsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe und dient nicht dem Profit. Die
149 Privatisierung des Klinikum Frankfurt (Oder) war ein Fehler. Die Beschäftigten am Klinikum
150 Frankfurt (Oder) haben Übermenschliches geleistet. Dass die Geschäftsführung zunächst
151 eine Corona-Sonderprämie versagt und erst DIE LINKE mit einer Petition dafür gesorgt hat,
152 dass die Beschäftigten eine Corona-Sonderzahlung erhalten haben, ist ein Skandal. Wir
153 lehnen Ausgliederungen und mögliche betriebsbedingte Kündigungen ab. Das Klinikum
154 erwirtschaftet Millionenbeträge, aber das Geld fließt in die Taschen der Gesellschafter. Wir
155 wollen Gewinnausschüttungen aus Gesundheit und Pflege an Aktionäre verbieten. Nötig sind
156 Investitionen in das Personal, denn viele Beschäftigte in der Pflege sind ausgebrannt. Unser
157 Klinikum ist so auszustatten, dass Beschäftigte gut bezahlt werden und dass alle Bereiche im
158 Klinikum mit ausreichend Personal ausgestattet sind. Deshalb treten wir ein für

- 159 • einen Fonds zu Rekommunalisierung von Krankenhäusern finanziert durch den Bund,
160 um das Klinikum Frankfurt (Oder) in öffentliche Hand zurückzuführen.

161 **Das Zukunftszentrum für Frankfurt**

162 Die Deutsche Einheit ist nicht abgeschlossen, wie die Ungleichheiten in Löhnen, Renten und
163 Vermögen zwischen Ost und West und die Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in
164 gesamtdeutschen Spitzenpositionen beweisen. Ein Zukunftszentrum soll fach- und
165 themenübergreifend die Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland erforschen und
166 bündeln, Bürgerdialoge führen, Lebensleistung würdigen, den internationalen Austausch
167 zwischen Ost und West in Europa stärken und ostdeutsche Begabte fördern, so der
168 Vorschlag der „Kommission 30 Jahre Deutsche Einheit“ unter Leitung von Matthias Platzeck.
169 Frankfurt (Oder) als Brücke nach Mitteleuropa, in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen

170 sozialistischen Modellstadt Eisenhüttenstadt und als renommierter Universitätsstandort der
171 Viadrina ist ein geeigneter Ort, um dieses Transformationszentrum aufzubauen. Wir fordern

- 172 • die Einrichtung des „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische
173 Transformation“ durch den Bund und werben für Frankfurt (Oder) als Standort in
174 Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina.